

Statement Birte Kötter

Vorstandssprecherin terre des hommes

Pressekonferenz zur Vorstellung des Kompass 2020

15. Mai 2020

»Blauer Brief in Sachen Kinderrechte«

Kinder sind eine relevante Zielgruppe

Kinder sind nicht nur eine große Gruppe und machen 34 Prozent der Weltbevölkerung aus, sie sind auch besonders verletzlich und benachteiligt: 48 Prozent, fast die Hälfte der armen Menschen weltweit, sind Kinder. Dabei sind Kinder existenzieller von Armut betroffen als Erwachsene, denn sie sind öfter gleichzeitig von mehreren Mangelsituationen betroffen, d.h. sie sind **multidimensional arm**, sie haben etwa weder Zugang zu Bildung, noch ausreichend Nahrung, noch Zugang zu sauberem Trinkwasser und Gesundheitsversorgung: Während weltweit 21 Prozent der Erwachsenen multidimensional arm sind, sind es 37 Prozent aller Kinder. **Die meisten dieser Kinder leben in Afrika südlich der Sahara und in Südasien: In 36 Staaten sind die Hälfte oder mehr Kinder arm, darunter Indien und Afghanistan. In Äthiopien, Niger und Südsudan sind es über 90 Prozent der Kinder.**

Dass Kinder gesund aufwachsen, ist nicht nur ihr in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieftes Recht, sondern auch unter

volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wünschenswert: Nach Angaben der Vereinten Nationen kosten Hunger und Mangelernährung die Weltwirtschaft 3,5 Billionen Dollar pro Jahr. Ein Dollar in Programme gegen den Hunger in armen Entwicklungsländern investiert bringt 18 Dollar Wirtschaftsleistung.

Entwicklungspolitik allein kann die Situation von Kindern nicht grundlegend verbessern: Zum einen **bringt**

Entwicklungszusammenarbeit nicht die nötigen Mittel auf: Um

allen Kindern in Entwicklungsländern den Schulbesuch zu ermöglichen, wären pro Jahr 1,8 Billionen US-Dollar notwendig.

Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-

Mitgliedsstaaten im Jahr 2018 betrug 153 Milliarden Dollar. Zum

anderen hängt die Wirkung von Entwicklungszusammenarbeit wesentlich davon ab, ob andere politische Weichen ebenfalls

richtig gestellt werden: **Themen, die auf den ersten Blick wenig mit Kindern zu tun haben, sind entscheidend: gute**

Regierungsführung, Wirtschafts- und Umweltpolitik. Kinder und

Jugendliche selbst haben mit Fridays for Future auf die Bedeutung von Klima und Umweltschutz für ihre Zukunft hingewiesen.

Unklarer Stellenwert der Kinderrechte in der deutschen Entwicklungspolitik

Das BMZ anerkennt offensichtlich die Bedeutung der Zielgruppe

Kinder für die Entwicklungszusammenarbeit und hatte sich mit

dem »Aktionsplan Kinder- und Jugendrechte in der

Entwicklungszusammenarbeit« vorgenommen, das Engagement für

Kinder zu verstärken und sogar weltweit Vorbild zu werden. Der Aktionsplan lief Ende 2019 aus, bisher liegen ein Halbzeitbericht und noch keine Bilanz vor.

Leider sind diese großen Ziele nicht mit einer Strategie versehen worden. Schon jetzt ist klar, dass Inhalt und Umsetzung des Aktionsplanes Defizite und Schwächen aufweisen:

- Im Jahr 2018 hat die Bundesrepublik 21,3 Milliarden Euro Entwicklungshilfe geleistet. Wie viel davon insgesamt Kindern und Jugendlichen zugutekommt, weiß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mangels Kennung in den Budgets allerdings nicht.
- Für Kinder wichtige Infrastruktur wird kaum gefördert: **Weder Berufsbildung noch Grundbildung oder frühkindliche Förderung sind Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit:** Insgesamt fließen circa 11 Prozent der bilateralen Entwicklungshilfe in Bildung. Etwa die Hälfte dieser Mittel wird für die Förderung von Studierenden aus Entwicklungsländern in Deutschland aufgewendet. Auf die Berufsbildungsprojekte in Partnerländern entfallen 1,8 Prozent der Mittel. **In Grundbildung und frühkindliche Förderung wird nicht einmal ein Prozent der bilateralen ODA investiert.**
- In Zukunft will das BMZ Grundbildung ausschließlich als multilaterales Thema fördern. Scheinbar will das BMZ hier substantielle Mittel zur Verfügung stellen, mit denen 500.000 Kinder zusätzlich erreicht werden sollen. Ob dies in Zeiten der Corona-Pandemie ausreichend ist, wird sich erweisen.

- Einer der wichtigsten Grundsätze entwicklungspolitischen Engagements ist es, durch die eigenen Aktivitäten keinen Schaden anzurichten (»do no harm«-Prinzip). Dies stellt die deutsche EZ über verbindliche Leitlinien für alle Vorhaben sicher. Dennoch besteht eine **große Lücke: Bis heute hat das BMZ keine systematische Kinderschutz-Policy für das eigene Haus und alle Durchführungsorganisationen entwickelt und umgesetzt. Die Erarbeitung und Umsetzung einer systematischen Kinderschutz-Policy ist dringend und umgehend notwendig**, um Kinder in Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor Gewalt durch Mitarbeitende zu schützen.
- Und schließlich: **Im aktuellen Reformplan BMZ 2030 spielen Kinderrechte keine Rolle**, Kinder als wichtige Zielgruppe der EZ werden kaum erwähnt. Ob Kinderrechte, ebenso wie Menschenrechte, als »Qualitätsmerkmal« Grundlage aller Vorhaben werden und was das konkret bedeuten soll, ist unklar.

Unsere Forderungen an das BMZ:

Wir fordern ein Kinderrechte-Mainstreaming: Die Rechte von Kindern und Jugendlichen müssen in der deutschen EZ durchgängig verankert werden. Das BMZ sollte eine kohärente und kinderrechtlich basierte Gesamtstrategie erarbeiten und umsetzen. Notwendig sind mehr Investitionen in Bereiche, die für Kinder besonders wichtig sind und besonders stark ihre Situation verbessern können: grundlegende Infrastruktur und Versorgung für

Gesundheit, Ernährung, Bildung und den Schutz vor Gewalt. Investitionen in frühkindliche Entwicklung sollten verstärkt werden.

Dringend sollte das BMZ:

- eine verpflichtende, an internationalen Standards **ausgerichtete Kinderschutz-Policy für das BMZ und alle Durchführungsorganisationen** erarbeiten und umsetzen
- konkrete, operationalisierbare **Indikatoren und Überprüfungsmechanismen** entwickeln und Wechselwirkungen erkennen und nutzen
- die in der UN-Kinderrechtskonvention **verankerten Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch fördern** und Kinder und Jugendliche in Strategieplanung und in die Umsetzung von Vorhaben einbeziehen, die Auswirkungen auf ihre Situation haben.

Bis dahin bekommt das BMZ von uns in Sachen Kinderrechte einen »**Blauen Brief**«.